

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 43.

Charlottenburg, Freitag, den 22. Oktober 1920.

Jahrg. 47.

Erklärung des Arbeitgeberverbandes zur Frage des Organisationszwanges.

Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie

Berlin-Wilmersdorf, den 2. Oktober 1920.
Nikolsburger Platz 1, III.

In den Porzellanarbeiterverband, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
In den Verband deutscher Keramarbeiter, Berlin, Raupachstr. 9.
In den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften,
Berlin, Greifswalderstr. 223.

Unter Bezugnahme auf die Verhandlungen vom 25. September d. J. in Dresden beehren wir uns, Ihnen folgendes zu bestätigen:

Die zur „Leipziger Kommission“ des Arbeitgeberverbandes der deutschen feinkeramischen Industrie gehörenden Herren haben einstimmig erklärt:

„Wir vermögen der Forderung der Arbeitnehmerverbände auf Organisationszwang aus grundsätzlichen Bedenken nicht stattzugeben. Wir erkennen aber an, daß es im Interesse der Disziplin und des Arbeiterfriedens in den Betrieben, sowie im Interesse der Vertragsfähigkeit der Arbeiterorganisationen und im Interesse der Durchführung unseres Tarifvertrages liegt, wenn die Arbeiter einheitlich den an unserem Tarifvertrage beteiligten Organisationen angeschlossen sind.“

Mit vorzüglicher Hochachtung

Furba ch.“

Beschlüsse des Betriebsräte Kongresses.

Der 1. Kongreß der Betriebsräte Deutschlands, der vom 5. bis 7. Oktober in Berlin stattfand, hatte eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt, die wir nachstehend wiedergeben. Wir behalten uns vor, auf den Kongreß selbst noch eventuell zurückzukommen.

Zur wirtschaftlichen Lage Deutschlands.

(Referent: Rudolf Wissell)

Die zweijährigen Versuche, die Wirtschaft wieder aufzubauen, sind gescheitert.

Die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland erlebte einen kurzen, scheinbaren Aufschwung nach Aufhebung der Blockade. Sie ist heute in unaufhaltsamem Zerfall. Die Produktion stockt, Betriebe werden stillgelegt, abgebrochen, Maschinerie ganz oder in Teilen ins kapitalistische Ausland verschoben. Die wachsende Geldentwertung und Währungsverschlechterung sperrt Deutschland die Zufuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln in steigendem Maße. Beides zusammen mit dem steigenden Bankrott der Staatsfinanzen sperrt Deutschlands internationale Kredite. Die rapide Geldentwertung läßt die Kaufkraft der breiten Massen immer weiter hinter den steigenden Warenpreisen zurückbleiben. Bei dem Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nehmen die Preise den Charakter von Monopolpreisen an.

Das Kapital nützt die Situation und macht in manchen Wirtschaftszweigen glänzende Gewinne, die aus den Taschen des Volkes fließen, das immer mehr verarmt. Das Kapital sucht sich tausende Finten und Risten der Besteuerung zu entziehen und die Steuern auf Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger abzuwälzen.

Auf den bisherigen Wegen unserer Wirtschaft kommen wir aus dem Elend unserer Lage nicht heraus. Die kapitalistische Wirtschaftslehre, wonach die Förderung des eigenen Interesses der Allgemeinheit am besten diene, hat ihre innere Unwahrheit jedem klar offenbart. Sie darf keine Geltung mehr haben, soll nicht den Millionen der werktätigen Bevölkerung absolute Verelendung und gänzlicher Untergang drohen.

Je weiter der Zerfall der Grundlagen der Produktion und die körperliche und geistige Schwächung und Verkümmern aller Arbeitskräfte vom Handarbeiter bis zum Techniker und Erfinder fortschreitet, um so schwieriger wird der Wiederaufbau. Die individuelle Initiative des Unternehmers, die Technik und Produktionsumfang förderte, genügt nicht, um den Wiederaufbau unserer Wirtschaft zu ermöglichen. Es bedarf dazu der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige und der Stärkung des Einflusses der Hand- und Kopfarbeiter auf die übrige Wirtschaft. Aus Objekten der Wirtschaft sollen sie zu ihren Subjekten werden.

Das Ziel der proletarischen Wirtschaftspolitik kann nur dahin gehen, die Verfügung über die Produktionsmittel zu erringen und die Wirtschaft auf der Grundlage des gesellschaftlichen Gemeineigentums unter planmäßiger einheitlicher Leitung als unmittelbare vergesellschaftete Produktion weiterzuführen.

Zur Sozialisierungsfrage.

(Referent: Dr. Hilferding.)

Der Kongreß konstatiert, daß die Fortdauer des kapitalistischen Wirtschaftssystems nach dem Kriege zu einer akuten Verelendung und absoluten Verschlechterung der Lage der arbeitenden Klassen geführt hat.

Nur die Überwindung der kapitalistischen Profitwirtschaft durch die sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft sichert den materiellen und kulturellen Aufstieg der Hand- und Kopfarbeiterklasse. Der Kongreß erblickt in den Versuchen, die Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage unter Aufrechterhaltung der kapitalistischen Eigentumsrechte zu reformieren, eine für den Kampf der Arbeiterklasse verderbliche Illusion. Der Kongreß fordert daher die Betriebsräte und die Gewerkschaften auf, im Verein mit den Arbeiterparteien alle ökonomische und politische Macht der Arbeiterklasse auf die Verwirklichung des Sozialismus zu konzentrieren. Insbesondere hält der Kongreß es für notwendig, alle Vorbereitungen zu treffen, um in dem bevorstehenden Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues diese Ziele durchzusetzen.

Aufgaben der Betriebsräte.

(Referenten: Dickmann und Körpel.)

Die dem Kapitalismus innewohnenden imperialistischen Tendenzen haben den Weltkrieg heraufbeschworen, der Millionen Proletarier dahinnordete, unersetzbare Werte vernichtete und die Völker ins Elend stürzte.

Aber nicht nur der Weltkrieg selbst, sondern in verstärktem Maße haben seine Folgen immer breiteren Massen die Augen geöffnet für den Widerspruch der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die zur Hemmung der Produktivkräfte geworden. Das Wirtschaftsleben wird von steten, sich immer mehr zuspitzenden Krisen erschüttert, Krisen, die eine internationale Erscheinung und die zerstörenden Tendenzen des Kapitalismus enthüllen.

Besonders aber erlitt die deutsche, im vorgeschrittenen kapitalistischen Entwicklungsstadium befindliche Wirtschaft die schwersten Erschütterungen. Während die besitzende Klasse auch nach Krieg und Revolution ihre ganze Tätigkeit auf rücksichtslose Bereicherung einstellte, wurden und Profitwirtschaft die tollsten Blüten treiben, eine wahnsinnige Preistreiberei die Teuerung ins

Unermeßliche steigerte, ging die Kaufkraft der breiten Massen immer mehr zurück, ward der Reallohn der Schaffenden trotz ständiger Lohnkämpfe weiter gesenkt. Die Krise hat ein steigendes Heer von Arbeitslosen und Kurzarbeitern geschaffen. Die von Unternehmern geübte Sabotage im Produktionsprozeß verschärft die gegenwärtige akute Krise, deren Ursache keine Überproduktion ist, sondern der ungeheure ungedeckte Bedarf der arbeitenden Schichten an Wohnung, Kleidung, Bedarfsartikeln, Lebensmitteln usw. kann infolge des stets sinkenden Reallohnes keine Deckung finden.

Wohl fällt die Entstehung des Betriebsrätegesetzes in die Zeiten revolutionärer Kämpfe des deutschen Proletariats. Indessen, weit davon entfernt, die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse auf ein Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß zufriedenzustellen, bietet es eine große Zahl von Hemmungen und Mängeln, gepaart mit dem Bestreben des bei der Gesetzgebung obliegenden Unternehmertums, jedes Vordringen auf dem Gebiete wahrhaften, wirksamen Selbst- und Mitbestimmungsrechts der Hand- und Kopfarbeiter unmöglich zu machen, ihm mit allen kapitalistischen Machtmitteln zu begegnen.

In klarer Erkenntnis all dieser Mängel und Hemmnisse des Gesetzes wie auch des rücksichtslosen Widerstandes der ausbeutenden Klasse tritt die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse an die den Betriebsräten durch die historische Situation gestellten Aufgaben heran, der Tatsache bewußt, daß die Rechte der Arbeiter erkämpft werden müssen, ihre Sicherstellung und Erweiterung nur durch die geschlossene Kampfsphalanx aller Klassenbewußten Hand- und Kopfarbeiter erfolgen kann.

In seinem Kern legt das Betriebsrätegesetz nur die Aufgaben der bisherigen Arbeiter- und Angestelltenausschüsse gesetzlich fest. Aber selbst in diesem Aufgabekreis werden den Betriebsräten durch das Gesetz viele Erschwernisse in den Weg gelegt, um ihre Tätigkeit selbst auf diesem Gebiet notwendiger engerer Tagesaufgaben unwirksam zu machen.

Die Betriebsräte wie die gesamte Arbeiterschaft aber müssen sich weit über den engen Rahmen des Gesetzes hinausgehende Ziele setzen und ihre gesamte Tätigkeit dementsprechend einstellen. Die Betriebsräte haben als Organe des proletarischen Klassenkampfes mitzuhelfen an dem großen Ringen um den Aufbau eines sozialistischen Gemeinwesens. Soll das Ziel — die Ver gesellschaftung der Produktionsmittel — erreicht werden, so müssen die Träger der Produktion, die Hand- und Kopfarbeiter, gemeinsam sich geistig und organisatorisch darauf einstellen. Dies ist die zwingende Pflicht aller wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiterklasse, der Gewerkschaften und der aus ihrer Mitte delegierten Vertreter im Produktionsprozeß, der Betriebsräte. Die Betriebsräte müssen sich mit allen Fragen beschäftigen, die für den Produktionsprozeß in Frage kommen.

Wir fordern daher das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht für die Betriebsorganisation, Produktion, Preisbildung, den Warenabsatz usw. als Vorstufe des zu erkämpfenden alleinigen Bestimmungsrechts der Schaffenden.

Diese Forderungen mit allem Nachdruck zu vertreten und die ganze Macht der Organisation dahinterzusetzen, macht uns die gegenwärtige, die Klassengegenstände immer mehr verschärfende Wirtschaftskrise zu einer gebieterischen Pflicht. Jeder Tag gibt weitere Arbeitermassen der Arbeitslosigkeit preis, die Arbeitszeit wird reduziert, Betriebe eingeschränkt und stillgelegt. Dem rücksichtslosen Unternehmertum und seiner zerstörenden Produktions sabotage müssen wir die Forderung der Produktionskontrolle entgegenstellen. Den Betriebsräten muß nicht nur volle Einsicht in alle die Weiterführung der Produktion (Rohstoffbezug, Warenabsatz, Preisbildung und Auftragsbeschaffung usw.) gewährt werden, sondern ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht.

Die von den Betriebsräten auszuübende Produktionskontrolle darf sich nicht auf die einzelnen Betriebe beschränken, sondern sie muß in planmäßigem Aufbau und organischer Fortentwicklung zu einer Gesamtkontrolle über die einzelnen Industriezweige (Rohmaterial, Aufträge, Produktivität, Verkauf, Statistik usw.) wie der Gesamtindustrie werden.

Diese Forderungen aufzuerheben und den Betriebsräten diese Aufgaben zu übertragen, ist ein revolutionärer Kampf des Proletariats erkennen. Die Unternehmer denken ebenso wenig daran, ihre Wirtschaft nachzugeben, wie den Arbeitern (Betriebsräten) ein wirtschaftliches Kontroll- und Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß einzuräumen. Diese Tatsachen zwingen die Gewerkschaften, in das Zentrum ihrer Tätigkeit diesen revolutionären Kampf um die Errichtung der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie zu setzen, der organisierten Macht des fest und zentral organisierten, über den Staatsapparat und dessen Machtmittel verfügenden Unternehmertums als einer herrschenden Minderheit entgegenzustellen die geschlossene Macht und den ent-

schlossenen Willen der organisierten, kampfbereiten Hand-Kopfarbeiter als der ausgebeuteten überwiegenden Mehrheit.

Nur wenn in diesem Geist auf der ganzen Linie die Stellung und Vorbereitungen durchgeführt werden die Gewerkschaften vor ihrer historischen Mission bestehen:

Als einzige geschlossene Organisation des Massenbewußten Proletariats Kämpfer, Wegbereiter und Träger der proletarischen Wirtschaftsordnung zu sein!

Organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte.

(Referent: Prolet.)

Die Arbeiterschaft hat die Kraft, die ihr als Klasse innewohnt, zur vollsten Entfaltung zu bringen. An ihr liegt es, Kraft zur Tat werden zu lassen und sich aller ihr dazu biete Mittel zu bedienen. Den Betriebsräten sind durch ihre Stellung im Produktionsprozeß bedeutende Aufgaben gestellt, deren Lösung ihnen eine große Verantwortung auferlegt. Die Betriebsräte finden ihren Rückhalt in den Gewerkschaften, die nach wie vor in erster Linie auf wirtschaftlichem Gebiete den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit auszutragen haben. Die Stützung auf Gewerkschaften ist geboten, weil die Betriebsräte ihre Aufgaben nur erfüllen können, wenn sie des Rückhalts der Gewerkschaften sicher sind. Der Ausbau der Gewerkschaften zu mächtigen Industrieverbänden ist Sache dieser selbst.

Die Betriebsräte sind innerhalb der Gewerkschaften organisch zusammenzufassen. Eine Sonderorganisation der Betriebsräte ist weder örtlich noch zentral von Nutzen, sie würde vielmehr, gesehen von einer Erschwerung der gewerkschaftlichen Tätigkeit, wirkliche Vertretung der Arbeiterinteressen durch die Betriebsräte lahmlegen. Dagegen ist eine örtliche Zusammenfassung der Betriebsräte im Anschluß an die Ortsausschüsse des A. D. G. und der Afa sowie die Schaffung einer Reichszentrale gemein mit der Spitze der Gewerkschaften notwendig. Die örtliche Zusammenfassung der Betriebsräte und die Bildung einer Reichszentrale sieht der Kongreß nur auf dem Boden der Richtlinien A. D. G.-B. und der Afa gegeben. Der vom Kongreß zu beauftragende Beirat wird beauftragt, in Gemeinschaft mit dem Geschäftsführenden Ausschuß sofort die Vorbereitung der Wahlen zu Bezirkswirtschaftsräten vorzunehmen, sobald deren Bezirke feststehen.

Änderung des Betriebsrätegesetzes.

Das Betriebsrätegesetz hat sich in seiner praktischen Wirkung nicht als die Grundlage erwiesen, welche zur Einarbeitung und Kontrolle der Produktion sowie zur Ueberführung der Wirtschaft in den Besitz der Allgemeinheit notwendig ist.

Aber auch die wenigen Rechte des Betriebsrätegesetzes werden systematisch durch das gesamte Unternehmertum bzw. Arbeitgebervereinigungen sabotiert. Durch Herausgabe der Richtlinien und Anweisungen für ihre Mitglieder versuchen Arbeitgeberverbände die praktische Arbeit der Betriebsräte unmöglich zu machen.

Aus diesen Gründen ist eine sinngemäße Arbeit der Betriebsräte unmöglich geworden. Die durch die Maßnahmen der Unternehmer in erster Linie hervorgerufene Wirtschaftskrise mit ihren ungeheuren Auswirkungen für die Arbeitnehmer erfordert jetzt die sofortige Einarbeitung und Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte, um aus dem Chaos der Wirtschaft herauszukommen. Deshalb ist es notwendig, daß die Arbeitsfähigkeit der Betriebsräte sichergestellt wird durch eine bedeutende Erweiterung des unzulänglichen Betriebsrätegesetzes. Der erste Kongreß der Betriebsräte Deutschlands fordert die Gewerkschaften auf, so eine Novelle zum Betriebsrätegesetz auszuarbeiten, in welcher die Geschäftsführung des Betriebsrates, das volle Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen, das volle Mitbestimmungsrecht bei Betriebs einschränkungen und Betriebsstilllegungen gesichert wird. Diese Novelle ist der Regierung, dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat zu übermitteln. Der erste Kongreß der Betriebsräte Deutschlands fordert die Gewerkschaften weiter auf, die Mitglieder der freien Gewerkschaften durch die Betriebsräte über die getroffenen Maßnahmen aufzuklären und alle Schritte zu unternehmen, die notwendig sind, die Gesetzgebung der Betriebsräte durchzuführen.

Das nach § 70 des Betriebsrätegesetzes zu erlassende Gesetz über Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat liegt noch nicht vor. Der erste Kongreß der Betriebsräte Deutschlands fordert die schnelle Verabschiedung dieses Gesetzes. Die Betriebsräte sollen im Aufsichtsrat das Allgemeininteresse vertreten. Sie haben infolgedessen das Recht, Forderungen zu stellen, Anträge, welche das Allgemeininteresse wahren, zu stellen und gegen das Allgemeininteresse verstößende Anträge der übrigen Mitglieder des Aufsichtsrates zu bekämpfen.

Da die Betriebsräte für ihre Handlungen den Belegschaftsmitgliedern verantwortlich sind, d. h. letzten Endes gegenüber der Allgemeinheit die Verantwortung tragen und von dieser zur Rechenschaft gezogen werden, kommt die Haftung der Betriebsräte, wie sie für die übrigen Aufsichtsratsmitglieder vorgeschrieben ist, welche nur kapitalistische Interessen vertreten, nicht in Frage. Das zu erlassende Gesetz darf derartige Bestimmungen nicht enthalten.

Im § 72 des Betriebsrätegesetzes ist vorgesehen, daß den Betriebsräten eine Betriebsbilanz und Betriebsgewinn- und Verlustrechnung vorzulegen ist. Das hierüber zu erlassende besondere Gesetz liegt noch nicht vor. Der erste Kongreß der Betriebsräte Deutschlands fordert die Gewerkschaften auf, mit aller Energie dafür einzutreten, daß dieses Gesetz nunmehr schnellstens verabschiedet wird, und daß die vorzulegende Betriebsbilanz und Betriebsgewinn- und Verlustrechnung nebst Unterlagen den Betriebsräten jede Möglichkeit gibt, daß die zur Regelung der Wirtschaft notwendige Kenntnis der Verhältnisse aus diesem vorzulegenden Material einwandfrei zu ersehen ist. Der erste Kongreß der Betriebsräte Deutschlands erwartet, daß sich alle Belegschaften für die Durchführung dieser Forderung einsetzen. Er erwartet weiter von den Betriebsräten, daß sie die ihnen zu machenden Angaben nur im Allgemeininteresse verwenden. Da der letzte Absatz des § 72 des Betriebsrätegesetzes, wonach über die gemachten Angaben Stillschweigen zu bewahren ist, dem Allgemeininteresse entgegensteht, werden die Gewerkschaften beauftragt, Schritte zu unternehmen, daß dieser Absatz in Wegfall kommt.

Preisabbau und Produktionskontrolle.

Die Saison für die Preisabbau-Zeitungsartikel ist im Verwinden, ohne daß es den Verfassern und den ins Leben gerufenen Stellen gelungen wäre, die Lebenshaltung der Bevölkerung zu verbessern.

Wollen wir erfolgreich das Problem des unbedingt notwendigen Preisabbaues lösen, so müssen sich alle Berufsschichten darüber klar sein, daß jeder Verkaufspreis aller Erzeugnisse nur aus zwei Faktoren besteht:

1. aus Arbeit, 2. aus Verdienst

Es ist unrichtig, wenn bei der Preisbildung so häufig angenommen wird, daß die Rohstoffe von selbst teurer werden.

Die Preise der Rohstoffe bestehen ebenfalls aus Arbeit und Verdienst. Zum Beispiel: Lebensmittel, Flach, Holz, Eisen usw. werden erst durch Arbeit zu Rohstoff. Transportmittel und die dazu erforderliche Kraft werden erst durch Arbeit erzeugt.

Wenn nun alle Erzeugnisse aus Arbeit und Verdienst preislich bestehen, welche Berufsgruppe muß nun in allererster Linie mit dem Preisabbau beginnen? Doch selbstverständlich diejenige, welche den größeren Besitz hat und in der Lage ist, durch Zuschüsse aus ihrem Besitzum den Lebensunterhalt zu bestreiten.

Die Produktion ist voneinander abhängig und hängt mit der Unterbringung aller Erzeugnisse beim letzten Verbraucher zusammen. Was für die Menschen die Lebensmittel bedeuten, bedeuten für die Maschinen die Erzeugung der notwendigen Energieprodukte.

Je größer die Verdienste eine Ware belasten, um so geringer wird die Anzahl der Käufer, je teurer die Waren werden, um so mehr geht die Kaufkraft des Geldes zurück, je teurer der notwendige Lebensunterhalt in unserem Lande wird, um so weniger Ansehen haben wir im Ausland; ein Volk, welches zuviel Händler hat und wenig produziert, muß immer ärmer werden, da der letzte Verbraucher die übermäßigen Kosten der Verteilung zu tragen hat, die wiederum ungünstig auf die gesamte Landesproduktion vermerkend wirken müssen.

Die verkürzte Arbeitszeit bedeutet eine weitere Verteuerung der Waren, da die Generalunkosten der Produktionsstellen trotz der verkürzten Arbeitszeit dieselben bleiben und auf die geringeren Produktionen ungünstig einwirken, und ferner wird die Leistung der Maschinen nicht ausgenutzt.

Bedingung, um die Produktion unterzubringen, ist die Erkenntnis, daß die Verdienste verringert werden müssen und die Kosten der Verteilung auf das allernotwendigste zu beschränken; hier ist der kürzeste Weg von der Produktionsstelle zum letzten Verbraucher zu wählen.

Die Vertrauensstellung der Produktion, die Interessenverbände des Handels verlangsamten naturgemäß die Preisrückgänge und befehligen den Preisaufstieg.

Welches Gegengewicht steht zur Verhinderung der letzten Auffassung der Verteuerung unseres Wirtschaftslebens gegenüber:

1. die Preisprüfungsstelle,
2. Verbrauchervertretungen,
3. Betriebsräte,
4. Buchergesetze,
5. Konsumvereine.

Vergleichen wir die erlahmte Tätigkeit der Preisprüfungsstellen mit den Sachverständigen aus Interessentenkreisen. Sehen wir uns die einzelnen Verbraucher-Vertretungseinrichtungen an, beichtigen wir die Neubildung der Betriebsräte, gehen wir der Praxis der Bucherbestimmungen nach, die heute noch vielfach in Juristenkreisen zu verschiedenen Ansichten führen, ob der Marktpreis oder die Verdiensthypothese die Buchergrenze bedeutet, fassen wir die Leitungen der Konsumvereine mit ihren Preisbildungen ins Auge, und wir müssen uns wirtschaftlich eingestehen, daß die Verbraucher der Vertrauensstellung der Produktion und der geschlossenen Interessenvertretung des Handels, der Preisbildung fast machtlos gegenüberstehen.

Welche Maßnahmen sind notwendig, um zu einer gesunden Preisbildung zu kommen?

In allererster Linie müssen Verbraucherorganisationen geschaffen werden, die behördlich zu unterstützen sind, gebildet von Frauen und Männern, die sich im Wirtschaftsleben bewährt haben und mit den besten Kenntnissen der Gesamtwirtschaft ausgestattet sind.

Die Preisprüfungsstellen müssen der Neuzeit entsprechend umgestellt werden.

Ebenso sind die Betriebsräte für ihre Aufgaben bestens vorzubilden.

Finden wir hier nicht den richtigen Weg, so verteuert die eine Produktionsstelle der anderen ihre Erzeugnisse derart, daß unsere Produktion weder im Inland noch im Ausland Absatz finden kann.

Die Arbeitslosigkeit muß und wird dann immer größer werden, unsere Valuta muß weiter sinken, der Besitz wird wertloser, auch wenn er rechnerisch höher erscheint, da er in Geld wegen Fehlens der Käufer nicht umzusetzen ist, und so gehen wir trotz der Kapitalumbildungen, die aus den Konjunkturgewinnen des Krieges und der Revolution hervorgegangen sind, wirtschaftlich zugrunde, wenn nicht ernste Männer an das wichtigste Werk der Preisbildung herangehen.

Das Existenzminimum im September 1920.

Von Dr. R. Kuczynski

Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Nachdem die Kosten des Existenzminimums bis zum Mai andauernd gestiegen waren, sind sie im Juni bedeutend gesunken, im Juli wieder etwas gestiegen und im August wieder etwas gefallen. Im September waren sie ungefähr ebenso hoch wie im August. Daß die Entwicklung in den Vormonaten so sprunghaft verlief, beruhte vor allem darauf, daß die Wirkungen des Preisabbaus für Kleider, Wäsche und Schuhwerk infolge der Unregelmäßigkeit in der Kartoffelbelieferung und infolge der Einführung des Steuerabzugs nicht voll zur Geltung kommen konnten. Ob der Beharrungszustand, der nunmehr erreicht ist, von Dauer sein wird, dürfte vor allem von dem Angebot und den Preisen derjenigen Lebensmittel abhängen, für die die Zwangswirtschaft aufgehoben oder gelockert worden ist.

Die rationierten Nahrungsmittel waren im Berichtsmonat wiederum sehr teuer. In Groß-Berlin z. B. kosteten Brot, Zucker und Milch 9mal soviel wie vor sieben Jahren, Kartoffel und Butter 14mal soviel, Schmalz 22mal soviel. Im ganzen ergibt sich hier eine Verteuerung auf das Zwölffache. In den fünf Wochen vom 30. August bis zum 3. Oktober wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis September 1920 M.	Preis September 1913 M.
9500 g Brot	2250	238
600 g Nahrungsmittel	487	30
9500 g Kartoffeln	665	48
1250 g Fleisch	2315	237
100 g Butter	375	27
750 g Schmalz	2550	114
875 g Zucker	350	41
250 g Kunsthonig	365	15
	9357	750

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 93,57 M. zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 7,50 M. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochen Durchschnitt nur etwa 9300 Kalorien, d. h. ungefähr soviel, wie ein Kind von vier bis fünf Jahren benötigt. Schon um den Bedarf eines Kindes von 6—10 Jahren zu decken, wäre der Zulauf von wöchentlich 5 Pfund Kartoffeln für 1,75 M. erforderlich gewesen. Man wird also das Existenzminimum der Ernährung eines solchen Kindes in Groß-Berlin bei äußerster Einschränkung auf 20 M. ansetzen können. Eine Frau braucht etwa $7 \times 2400 = 16800$ Kalorien. Sie müßte zu den rationierten Mengen noch Lebensmittel im Nährwert von $16800 - 9300 = 7500$ Kalorien hinzu-

laufen. Das könnte sie am billigsten tun, indem sie sich 5 Pfund Kartoffeln für 1,75 M., 1½ Pfund Saferloden für 3,75 M., 1 Pfund weiße Bohnen für 2,40 M. und ½ Pfund Margarine für 6,25 M. verschaffte. Ihr wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel hätte also 33 M. gekostet. Ein Mann benötigt wöchentlich etwa $7 \times 3000 = 21\,000$ Kalorien. Die 4200 Kalorien, die er mehr braucht als eine Frau, könnte er sich zuführen in Form von 10 Pfund Gemüse für 5 M., 1 Pfund Reis für 5,75 M. und 1 Pfund Marmelade für 4,75 M. Sein wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel würde also etwa 48 M. kosten. Eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren würde mit 121 M. wöchentlich für Nahrung auskommen.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Bricketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 M., für Heizung 14,90 M., für Beleuchtung 6,60 M.

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusehen: Mann 30 M., Frau 20 M., Kind 10 M.

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäsche, Reinigung, Fahrgeld, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von einem Drittel machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für den September 1920 in Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
	M.	M.	M.
Ernährung	48	81	121
Wohnung	9	9	9
Heizung, Beleuchtung	22	22	22
Bekleidung	30	50	70
Sonstiges	36	54	74
	146	216	296

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen alleinstehenden Mann 24 M., für ein kinderloses Ehepaar 36 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 49 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 7550 Mark, für das kinderlose Ehepaar 11 250 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 15 450 M.

Vom September 1913 bis zum September 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,85 M. auf 145 M., d. h. auf das 8,6fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,40 M. auf 216 M., d. h. auf das 9fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,90 Mark auf 296 M., d. h. auf das 10,2fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt 10 bis 11 Pfennig wert. (Im August war die Mark ebenfalls 10 bis 11 Pfennig, im Juli 9 bis 10 Pf., im Juni 10 bis 11 Pf., im Mai und April 8 bis 9 Pf., im März 9 bis 10 Pf., im Februar 12 Pf. wert gewesen.)

Siebente Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

In der am 4. Oktober abgehaltenen Sitzung des Bundesausschusses ehrten die Anwesenden vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des verstorbenen Genossen Moiss Staudinger vom Steinarbeiterverband. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf den bevorstehenden Betriebsrätekongreß, zu dem noch eine Reihe von organisatorischen Fragen (Geschäftsordnung usw.) vorzubereiten waren.

Als zweiter Punkt stand die Wahl der Delegierten zum Internationalen Gewerkschaftskongreß auf der Tagesordnung. Die Wahl geschah nach Industriegruppen und hatte folgendes Ergebnis: Für die Gruppe Baugewerbe, keramische und Glasindustrie Paepelow (Bauarbeiterverband), Stellvertreter Streine (Malerverband); Nahrungs- und Genussmittelindustrie Fabrikarbeiter Schmitt (Landarbeiterverband), Stellvertreter Breh (Fabrikarbeiterverband); Graphische Gewerbe, Papierindustrie, künstlerische Gewerbe (Buchdruckerverband), Stellvertreter Hauzeil (Buchdruckerverband); Bekleidungs-, Textil- und Lederindustrie Schmitt (Schneiderverband), Stellvertreter Jädel (Textilarbeiterverband); Handels- und Verkehrsgewerbe, Gemeinde- und Staatsbauwesen Scheffel (Eisenbahnerverband), Stellvertreter Ullrich (Angestelltenverband); Bergbau, Metall- und Holzindustrie Sigmann (Metallarbeiterverband) und Hue (Bergarbeiterverband), Stellvertreter Mebe (Maschinen- und Feinwerkzeugverband) und Larnow (Holzarbeiterverband).

Eine lebhafteste Aussprache erregte sich beim dritten Punkt der Tagesordnung: Leistung von Extrabeiträgen für den Bundes-

vorstand. Der Bundesvorstand beantragte für das Jahr einen Extrabeitrag von 20 Pf. für jedes Mitglied der angeschlossenen Gewerkschaften und für das nächste Jahr einen solchen von 30 Pf. Bundeskassierer Rube begründete den Antrag mit allgemeiner Teuerung und mit der Steigerung der Aufgaben, dem Bundesvorstand zugewiesen worden sind. Die anwesenden Gewerkschaftsvertreter erkannten einmütig die Notwendigkeit, daß die Einnahmen des Bundesvorstandes vergrößert werden müssen, und daß die Angestellten des Bundesvorstandes in der jetzigen geringen Zahl und bei der Beschränktheit der ihnen zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten unmöglich ihre Aufgaben bewältigen können. Beschlossen wurde, auf die Rückzahlung der Beträge zu verzichten, die die Verbände zur Unterstützung der leidenden Gewerkschaftsmitglieder in Deutsch-Oesterreich beigesteuert haben, wodurch sich die Zahlung der Extrabeiträge für das laufende Jahr erübrigt. Für das Jahr 1921 wurde der Bundesvorstand mit dem Extrabeitrag bewilligt.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1919

Die Mitgliederzahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände betrug zu Beginn des Jahres 2 866 012, davon 666 392 weibliche, am Ende des Jahres jedoch 7 338 123 (1 612 636 weibliche). Es wurden fast viereinhalb Millionen neue Mitglieder aufgenommen. Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl 5 479 073 gegen 1 648 313 im Jahre 1918. Die Zahl der angeschlossenen Verbände betrug im vorigen Jahre 52 gegen 48 im Jahre 1918. Sie waren noch etwas größer gewesen, wenn nicht einige Verschmelzungen stattgefunden hätten. Die Zahl der Zweigvereine betrug 22 000 gegen 10 044 im Jahre vorher. Sie hat sich also ebenfalls fast verdoppelt und zeigt besonders deutlich, welche gewaltige Verarbeitung die deutschen Gewerkschaften noch neben ihrer Hauptarbeit in nicht geringen Maße anderer Arbeit geleistet haben.

Eingenommen wurden für Eintrittsgelder 2 867 289 Mark, Verbandsbeiträge 185 954 818 M., örtliche Beiträge 43 098 000 M., Extrabeiträge 595 722 M., von arbeitenden Mitgliedern 57 181 M., Zinsen 4 063 461 M., sonstige Einnahmen 10 669 516 M. Die Gesamteinnahme betrug 247 300 000 M. Ausgegeben wurden für Unterstützungen 44 942 793 M., für Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen 45 300 049 M., für Bildungszwecke 15 609 812 M., für Agitation, Generalsammlungen, Verbindungen usw. 36 207 477 M. Die Verwaltungskosten betrugen 59 348 578 M., davon persönliche 6 984 177 M., sächliche 5 484 917 und Verwaltungskosten der Zahlstellen 46 879 317 M. Die Gesamtausgabe betrug 201 408 000 M., das Vermögen (mit Ausnahme der Verbände der Angestellten und Metallarbeiter) 133 180 009 M., davon in Hauptkassen 107 503 081 M.

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß der Geldverkehr bei den deutschen Gewerkschaften sich ganz gewaltig entwickelt hat, aber auch festzustellen ist, daß ihre Kassen riesig in Anspruch genommen werden müssen.

Die amerikanischen Gewerkschaften.

In den Vereinigten Staaten von Amerika bestehen 140 gewerkschaftliche Zentralverbände, von welchen 110 mit 36 Ortsgruppen der Landeszentrale „American Federation of Labor“ (Amerikanischer Arbeiterbund) angeschlossenen sind, die vor vier Jahren gegründet wurde. Die Mitgliederzahl der zum Amerikanischen Arbeiterbund gehörenden Organisationen betrug im Jahre 1900 1 454 200, 1910 auch erst 1 562 112, 1914 2 020 671, 1915 2 194 347, 1916 2 072 702, 1917 2 371 434, 1918 2 726 478, 1919 3 260 068 und 1920 4 078 740. Die der Landeszentrale nicht angeschlossenen Organisationen haben zusammen mindestens ein Million Mitglieder, da sich die meisten der großen Eisenbahnverbände und auch einige andere bedeutende gewerkschaftliche Organisationen darunter befinden.

Die Mehrzahl der großen amerikanischen Zentralverbände erstreckt ihre Tätigkeit über die Vereinigten Staaten hinaus in Kanada, der im Norden angrenzenden selbstverwaltenden kanadischen Kolonie. Im Jahre 1919 bestanden in Kanada 2309 Ortsgruppen amerikanischer Verbände mit 260 247 Mitgliedern, fast eine Anzahl rein kanadischer Organisationen, deren Mitgliederzahl 117 800 betrug. Von den letzteren ist der kommunistische allgemeine Arbeiterverband „One Big Union“ mit 41 150 Mitgliedern in 101 Ortsgruppen der stärkste. Die katholischen katholischen Berufsvereine hatten in 83 Ortsgruppen 35 000 Mitglieder.

Von 75 amerikanischen Zentralverbänden liegen Angaben über das Unterstützungsweisen im Jahre 1919 vor; davon zahlte 59 Sterbegeld, 12 Arbeitslosenunterstützung, 60 Streikunterstützung, 24 Kranken- und Unfallunterstützung, und 2 Altersrenten.

(nämlich die Verbände der Schriftseher und der Maurer). Andere Unterstützungsarten hatten 12 Verbände. In einem erheblichen Teil der Berufsorganisationen ist das Unterstützungswesen noch nicht zentralisiert, sondern Sache der Ortsvereine.

Im Jahre 1919 waren die Unterstützungsausgaben der 75 Verbände wie folgt: Sterbegeld 10 436 671 Dollars, Arbeitslosen- und Reiseunterstützung 298 902 Doll., Streik- und Aussperrungsunterstützung 1 789 761 Doll., Kranken- und Unfallunterstützung 1 828 218 Doll., Altersrenten und andere Unterstützungen 1 196 300 Dollar, zusammen 15 550 052 Doll. Die Riesensummen für Sterbegeld ergeben sich hauptsächlich aus der Einbeziehung der Eisenbahnerorganisationen, die hohe Sätze im Fall des Todes oder der schweren Verstümmelung ihrer Mitglieder zahlen, weil es eine staatliche Unfallversicherung in Amerika nicht gibt und es häufig schwer ist, auf Grund der Unternehmerhaftpflichtgesetze Entschädigung für Betriebsunfälle zu erlangen. An Ablebens- und Invalidenunterstützung zahlten im Jahre 1919 die Lokomotivführer 2 421 000 Doll., die Lokomotivheizer 2 328 000 Doll., die Schaffner 1 353 000 Doll., die Zugbegleiter 289 000 Doll., die Straßenbahner 642 000 Doll., die Zimmerer und Tischler 737 000 Doll. usw.

Die Ausgaben für Streiks und Aussperrungen sind seit dem Ausbruch des Weltkrieges viel geringer geworden, als sie vordem waren, obwohl es nicht wie in Deutschland zur Bildung von „Arbeitsgemeinschaften“ mit den Unternehmern kam.

Eine bemerkenswerte Eigenart amerikanischen Gewerkschaftswesens ist die „Gewerkschaftsmarke“ (Trade Union Label), ein Abzeichen, das auf Waren angebracht wird, die organisierte Arbeiter erzeugten. Zuerst wurde die Gewerkschaftsmarke als ein Mittel benutzt, um an das Publikum gegen allgemein mißbilligte Zustände zu appellieren, wie: Heimarbeit, Gefängnisarbeit usw.; nun wird sie hauptsächlich benutzt, um an die Gewerkschaftler zu appellieren, andere Gewerkschaften dadurch zu unterstützen, daß sie nur solche Waren kaufen, welche die Marke tragen. Im Jahre 1919 hatten von den 110 zum Arbeiterbund gehörigen Verbänden 60 Gewerkschaftsmarken eingeführt und 10 Verbände, deren Mitglieder in der Leistung persönlicher Dienste tätig sind, benutzten Ausweisarten, deren Zweck ein ähnlicher ist, wie jener der Gewerkschaftsmarken.

Der amerikanische Verband der Porzellanarbeiter und verwandter Berufe, die „National Brotherhood of Operative Potters“, vermehrte seine Mitgliederzahl seit Kriegsbeginn nur verhältnismäßig wenig. Er hatte 1914 7700 Mitglieder und 1919 8310 Mitglieder. In Kanada war nur eine einzige von den 78 Ortsgruppen des Verbandes; ihre Mitgliederzahl betrug 38. Für Unterstützungszwecke gab der Verband im Jahre 1919 aus: Streikunterstützung 23 500 Doll., Sterbegeld 400 Doll. Seit seinem Bestande betrachtet der Verband die Regelung der Arbeitsbedingungen, besonders auf dem Wege des Abschlusses von Kollektivverträgen, als wichtigste Aufgabe. Das Verbandsorgan ist „The Potters Herald“.

Richtigstellung.

In dem in Nr. 41 der „Ameise“ veröffentlichten Lohnabkommen ist im Schlußabsatz ein sinnentstellender Druckfehler vorhanden, den wir hiermit richtigstellen. Wir drucken den Schlußabsatz noch einmal ab und heben das Wort im Fettdruck hervor, das abzuändern ist:

In allen übrigen Porzellan- und Steingutfabriken:
Arbeiterinnen unter 18 Jahren 10 Proz. (wie bisher),
sonstige Arbeiter unter 18 Jahren, soweit sie in Zeitlohn arbeiten, 15 Proz. (wie bisher),
alle anderen Arbeiter unter 18 Jahren 10 Proz. (wie bisher),
Arbeiterinnen über 18 Jahre ohne eigenen Hausstand 15 Proz.,
Arbeiterinnen über 18 Jahre mit eigenem Hausstand 20 Proz.,
sonstige Arbeiter über 18 Jahre, die in Zeitlohn arbeiten, ohne eigenen Hausstand 25 Proz.,
sonstige Arbeiter über 18 Jahre, die in Zeitlohn arbeiten, mit eigenem Hausstand 30 Proz.,
erantwörtliche Brenner ohne eigenen Hausstand 20 Proz.,
erantwörtliche Brenner mit eigenem Hausstand 25 Proz.,
alle übrigen Arbeiter über 18 Jahre ohne eigenen Hausstand 20 Proz.,
und alle übrigen Arbeiter über 18 Jahre mit eigenem Hausstand 25 Proz.

Die Schriftleitung.

Aus unserem Verufe.

Berlin. Streik der Schildermaler! Seit dem 1. Oktober d. J. stehen die Schildermaler Groß-Berlins im Streik und haben Verhandlungen noch nicht stattgefunden.

Die Unternehmer hängen jetzt einzelne Kleinmeister, die dem Verband angeschlossen sind, zur Fertigstellung ihrer Arbeit, und leisten die letzteren somit Vorspanndienste. Die Stimmung

der Streikenden ist ausgezeichnet, zumal schon 98 Kollegen in 33 bewilligten Firmen zu den neuen Bedingungen arbeiten.

Bestreikt werden noch nachstehende Firmen: Otto Grund & Co., Wassergasse 3. Otto Rüterbusch, Königgräberstr. 40. Koch & Wein, Ritterstr. 49. Otto Häußner, Annenstr. 25. J. Hauser, Kommandantenstr. 60. Matthes & Rahn, Neukölln, Schönstedtstraße 13. Ernst Schmidt, Neukölln, Biethenstr. 78. Heimann & Co., Lausitzerstr. 2. Anton Weiskmann, Prinzenstr. 73. Alfred Bünsow & Co., Belforterstr. 4. J. Klug & Co., Stallschreiberstraße 53. Hugo Leichert, Langestr. 52. Otto Senß, Anklamerstraße 47. Fischer & Lang, Anhaltstr. 5. Prüfer & Roth, Prinzenstr. 18. H. Boesch, Alte Jakobstraße. Alfons Böhner, Adalbertstr. 3. Wilhelm Bartel, Mollenmarkt 1. Wilh. Kumpf, Vinienstr. 154a. Schmiedel, Linkstr. 20. J. Kaufmann, Kungestraße 18. Gebr. Fischer, Simeonstr. 11. H. Danner, Badstr. 8a. W. Ladewig & Co., Langestr. 109. Methle, Friedrichstr. 242. Röther & Sohn, Schillingstr. 38. Zweibarth, Alte Jakobstr. 4. H. Kießling, Gitschinerstr. 75. M. Borstendorff, Schöneberg, Hauptstr. 9. Ewald Handwein, Grüner Weg 42. Max Handwein, Frankfurter Allee 320. Schramm, Neukölln, Berlinerstraße. C. Duttl, Landsbergerstr. 38. Segall Söhne, Alexanderstr. 21a. Ristner, Zimmerstr. 86. Max Fehner, Adalbertstr. 47. Claus, Leipzigerstraße. Dittmeier, Neue Friedrichstr. 11. Dewitt Nachfolger, Stralauerstr. 36. Wich, Teltowerstr. 47. Ede, Frankfurter Allee 69. Brillant Letters, Sebastianstr. 13.

Die Streikleitung.

Blechhammer bei Güttensteinach. In der Porzellanfabrik Bernhardschütte in Blechhammer sollen nach uns gewordenen Mitteilungen Differenzen mit der Arbeiterschaft wegen Auslegung und Durchführung des Tarifes nichts seltenes sein. Nun scheint ein neuer und ernsthafter Konflikt aus dem gleichen Grunde bevorzustehen. Wegen einer Reihe von Differenzpunkten, über die es eine Verständigung zwischen Direktion und Betriebsrat nicht geben konnte, ist die Entscheidung des Schiedsgerichts angerufen worden. In den nächsten Tagen soll dasselbe in Rudolstadt darüber entscheiden. Der Direktor, der anscheinend keine Neigung verspürt, den von ihm bisher vertretenen Standpunkt auch vor dem Schiedsgericht zu rechtfertigen, beauftragte mit seiner Vertretung einen Buchhalter. Letzterer hat das aber abgelehnt, weil er sich außerstande fühlt, den Standpunkt der Direktion zu dem seinigen zu machen. Aus diesem Grunde ist der Buchhalter gekündigt worden. Nunmehr hat sich der Betriebsrat der Bernhardschütte der Sache angenommen, so daß mit einer Verschärfung des Konfliktes ernsthaft zu rechnen ist, sofern die Direktion auf ihrem Standpunkt verharrt.

Düsseldorf. Bei der Firma Fihy, G. m. b. H., sind Lohn-differenzen ausgebrochen. Zugang nach hier ist fernzuhalten.

Güttengrund. In bezug auf den Versammlungsbericht in der „Ameise“ Nr. 40 betreffs der Fettverteilung ist durch eine Untersuchungskommission festgestellt worden, daß die Fettpreise nicht zu hoch angelegt waren. Ein kleiner Ueberschuß, welcher verblieb, kommt der Arbeiterschaft zugute. Herr Kauschert selbst hat mit dem Ein- und Verkauf der Lebensmittel nichts zu tun. Die Behauptungen, die in der Mitgliederversammlung betreffs dieser Sache aufgestellt worden sind, erweisen sich als haltlos.

Betriebsrat der Firma Paul Kauschert.

Zur Lohnbewegung der Angestellten der oberfränkischen Porzellanindustrie schreibt die „Oberfr. Volkszeitung“: Die Lage hat sich durch die neuerliche Ergebnislosigkeit der Verhandlungen vom 7. Oktober derart zugespitzt, daß stündlich mit dem Ausbruch des Streiks gerechnet werden muß. Nachdem am 6. Oktober eine große öffentliche Versammlung in Selb nochmals einmütig ihre gestellten Forderungen bekräftigt und die Gewerkschaften im Verein mit den Kommissionsmitgliedern zur Durchführung erneut verpflichtet hatten, nahmen die Anwesenden Kenntnis von dem Streik der Angestellten der Porzellanfabrik Fraureuth H.-G., deren Generaldirektor Singer es nicht fertig bringt, einen rechtskräftigen Schiedsspruch auch für sich als verbindlich anzuerkennen. Den seit 31. August in schwerem Kampfe stehenden Kollegen wurde durch einstimmige Annahme folgender Entschliebung die volle Sympathie der nordbayerischen Keramangestellten ausgesprochen:

„Die am 6. Oktober in der „Zentralhalle“ in Selb überaus zahlreich versammelten Angestellten der oberfränkischen Porzellanindustrie haben mit Entrüstung vernommen, in welcher frivolen Weise den Angestellten der Porzellanfabrik Fraureuth der Streik aufgezwungen worden ist. Sie sprechen den um ihre Existenz kämpfenden Kollegen und Kolleginnen vollste Sympathie aus und erhoffen für sie einen siegreichen Ausgang. Selbst vor schweren Entscheidungen stehend, geloben sie, Schulter an Schulter mit der Fraureuther Kollegenschaft den Kampf um ihre Lebensnotwendigkeiten ohne Wanken zu führen.“

Eine ebenfalls überfüllte Angestelltenversammlung am 8. Oktober d. J. nahm den Bericht vom derzeitigen Stand der Verhandlungen entgegen. Dabei darf nicht das Verhalten der Firmen Heinrich & Co. und E. & M. Müller in Schönowald zu registrieren vergessen werden, die im Gegensatz zu allen anderen den Besuch der Versammlung unter sagten. Die Firma Heinrich & Co. erteilte auf Vorstellung der Gewerkschaftsvertreter ihrem Personal nachträglich noch den Urlaub hierzu, während mit der Firma E. & M. Müller in Schönowald wegen der Kürze der Zeit keine Verbindung mehr möglich war. Das letzte Angebot der Arbeitgeber beseitigte die erheblichen, insbesondere auch grundsätzlichen Differenzen zwischen den beiden Parteien nicht, suchte vielmehr durch Zersplitterung der technischen Angestellten den Unfrieden in die Kollegenschaft selbst hineinzutragen. Das ist glänzend vorbei gelungen, wie die Abstimmung in Marktreiditz bewiesen hat. Der Vertreter des Landeseinigungsamtes ist, bisher allerdings noch ohne Erfolg, seit Freitag bemüht, eine Verständigung zu schaffen. Wird dies bis Montagabend nicht herbeigeführt, so ist die gewählte Streikleitung berechtigt und verpflichtet, den Ausstand zu verkünden. Eine nochmals vorgenommene geheime Streikabstimmung ergab eine noch größere Majorität für den Kampf als die letzte; insbesondere ist auf die erneut begründete, unerschütterliche Solidarität der Werkmeister und Techniker mit ihren kaufmännischen Kollegen hinzuweisen.

Zum Streik der Figuristen und Polychromeure in Venlo (Holland) wird uns von der dortigen Streikleitung mitgeteilt, daß eine Aenderung noch nicht eingetreten ist. Der Streik dauert nunmehr schon sieben Wochen. Bei der Firma v. Erp liegt der Betrieb vollkommen still. Bei der Firma Vinsen haben sich einige Streikbrecher eingefunden, darunter zwei gelernte Leute. Die übrigen sind ungelernt und werden in der Hauptsache nur zu dem Zweck bezahlt, um die Streikenden wachend zu machen. Nach Beendigung des Streiks erhalten natürlich diese Elemente den wohlverdienten Tritt, weil keine Firma aus purer Dankbarkeit für geleistete Hausmeisterdienste diese „nützlichen Elemente“ dauernd entlohnt, ohne daß diese dafür etwas zu leisten brauchen. Gegenwärtig werden diese „Stützen des Staates und der Gesellschaft“ täglich unter polizeilicher Bedeckung per Auto zur Arbeit gebracht und wieder abgeholt. Es ist auch bereits zu Schießereien gekommen; die Polizei soll bereits einige Löcher in die Luft geschossen haben. Die Streikenden vermuten, daß die bestreikten Firmen Waren aus Revelaar beziehen. Unsere Kollegen werden ersucht, überall scharf darüber zu wachen, daß jede Warenlieferung nach Holland unterbleibt, so lange der Streik noch fort dauert. Zugang nach Venlo ist nach wie vor streng fernzuhalten.

Du und dein Verband.

Zum Kinde wird der Säugling, und zum Erwachsenen das Kind, zum körperlich Erwachsenen. Innerlich wächst der Mensch auch dann noch, immer weiter, bis an sein Lebensende. Immer mehr lernt er, immer mehr nimmt er in sich auf, immer reicher wird seine Persönlichkeit. Und um so mehr wird der Mensch Persönlichkeit, je mehr er sich in das Leben stellt, dort aufzunehmen von den lebendigen Werten, je mehr er sich an Großes wagt und immer Größeres. „Es wächst der Mensch mit seinen höheren Zwecken.“ Je größer der Wille, um so größer der Mensch; je weiter das Ziel, um so weiter, reicher, voller Herz und Hirn.

Wie oft hat nicht jeder einzelne Hartes, Schweres zu ertragen gehabt, wie mancher mußte nicht Großes wagen, das er nur zögernd unternahm. Und es ging vorüber, es schien vielleicht nachher gar als eine Kleinigkeit. Sein Mut wuchs, seine Kraft, seine Fähigkeit, seine Persönlichkeit. Immer mehr wird herausgehoben aus allem Leben der Mensch.

Doch wenn seine Kraft auch riesengroß: Mensch in vollem Sinne wird der Mensch nimmer mit seiner vereinzelter Kraft. Nur der Zusammenschluß gibt die volle, die machtvolle Stärke, nur im Zusammenschluß kann so rasch und so viele Kräfte wachsen die Persönlichkeit. Aus der Einsamkeit nimmt die Freiheit der Persönlichkeit die Stärke, um in Einheit wieder wächst mit all den größeren Zwecken der Persönlichkeit. Wer nur ein kleines, eng begrenztes Ziel seines Verhaltens kennt, der läßt ihn klein und bescheiden in seinem Leben auswirken. Je Höheres wir in ihm suchen, je Größeres wir von ihm wollen, je tiefer wir ihn erfassen, um so größer wird er, um so machtvoller, herrlicher, zukunftswerter.

Und darum, weil so viele ihr ganzes, großes Interesse, ihre ganze reiche Seele hineinwerfen in ihre Kampfesidee, darum ist sie so reich und so erheben. Zur Seele strebt der Kampf, zur geistigen Fülle, zum Erleben der Persönlichkeit. All die materiellen Ziele sind nicht mehr Selbstzweck, sie sind die Voraussetzung zu Höherem. Geist und Seele sind die höchsten Ziele, edelstes,

freies inneres Menschentum. Es wächst der Verband mit euren höheren Zwecken. Legt darum euer ganzes Herz hinein, um Sonne wird er euch wiedergeben.

Aus anderen Verbänden.

Der Töpferverband hielt in den Tagen vom 18. bis 22. September in Meissen eine außerordentliche Generalversammlung ab. Dieselbe war einberufen worden, um Stellung zu nehmen zu einer Erhöhung der Verbandsbeiträge und zur Frage des eventuellen Anschlusses an den zu schaffenden Baugewerksbund.

Aus dem Bericht des Kassierers Lothar ist zu entnehmen, daß in den ersten acht Monaten d. J. die Einnahmen 470 041,22 Mk., die Ausgaben dagegen 552 773,08 Mk. betrugen. Die Erhebung eines Extrabeitrages für die Dauer von zwölf Wochen bewahrte den Verband vor größeren Schwierigkeiten. — Es wurde beschlossen, für die Höhe des Wochenbeitrages die Höhe des Stundenlohnes als Maßstab gelten zu lassen. Es kommen sechs Beitragsklassen in Betracht, beginnend mit 1,50 Mk. bis zu 6,50 Mk. steigend. Lehrlinge zahlen pro Woche 1 Mk. Beitrag. Das Eintrittsgeld beträgt 2 Mk. Die erhöhten Beiträge treten am 1. November in Kraft.

Gegen zwei Stimmen wurde der Anschluß an den Baugewerksbund beschlossen, der am 1. Januar 1922 ins Leben treten soll. Der Wunsch der Töpfer, einen Verband der keramischen Arbeiter zu bilden, habe sich leider nicht erfüllen lassen, bemerkte der Verbandsvorsitzende Drunzel in seinem Referat über: „Anschluß an den Baugewerksbund“. Im Baugewerksbund biete sich den Töpfern die Möglichkeit, ohne Zerreißung ihrer Organisation in einem größeren Verbande aufzugehen.

Vermischtes.

Vorbildliche Genossenschaftsarbeit. Kann das Verhalten der Bewohner einer Kleinstadt in der Arbeit für den kulturellen Aufstieg der Bevölkerung vorbildlich für die Gesamtbevölkerung sein? Sicher, wenn es sich um das Tempo der Arbeit und um die Anhänglichkeit an sie handelt und der Gegenstand der Arbeit für Groß- und Kleinstädter von gleicher Bedeutung ist. Die Organisation des Verbrauches ist für die Gesamtbevölkerung von gleicher Wichtigkeit; möglich ist diese Organisation unzweifelhaft für jeden Verbraucher. Also darf die Konsumgenossenschaftliche Arbeit in einer Kleinstadt als Maßstab dafür dienen, was erreicht werden könnte, würden alle Verufenen dem Beispiel der Kleinstadt folgen.

Das Städtchen Lauscha in Thüringen ist durch seine Glas- und Christbaumschmuckindustrie weltbekannt. Sehr bemerkenswert ist aber auch die Arbeit der Bewohner der Stadt am genossenschaftlichen Aufbau.

Das Städtchen hat rund 6000 Einwohner, die Genossenschaft zählt 1555 Mitglieder; das ergibt, daß wohl reslos die gesamte Einwohnerschaft zu ihr gehört. Der Umsatz in den ersten sechs Monaten dieses Jahres beträgt 3,4 Millionen Mark oder pro Mitglied 2206 Mk.; auf das Jahr ergibt das rund 4500 Mk. pro Mitglied. Allerdings führt die Genossenschaft auch Rohstoffe für die Hausindustrie, die einen großen Umsatz ausmachen. Daß aber genossenschaftliche Treue in Lauscha kein leerer Wahn ist, beweist allein der Umsatz im Schnittwarengeschäfte, der im Durchschnitt pro Mitglied in sechs Monaten 360 Mk. beträgt. Der Geschäftsanteil wurde auf 200 Mk. erhöht. Durch bare Nachzahlung erhöhte sich der Bestand der Geschäftsguthaben im letzten Halbjahr um 56 988 Mk. oder pro Mitglied um 35 Mk. Wieder auf das Jahr umgerechnet, eine Zunahme von 70 Mk. pro Mitglied. Am Schlusse der sechsmonatigen Geschäftsperiode wurden nach reichlichen Abschreibungen dem Reservefonds 10 268 Mk., dem Bau- fonds 10 000 Mk. überwiesen oder pro Mitglied 13 Mk. Machen wir uns die Arbeit, ein wenig zu rechnen. 70 Mk. Geschäftsguthaben mehr per Jahr und 26 Mk. mehr Reserven, in Summa 96 Mark mehr Eigenkapital pro Kopf des Mitgliedes, würden bei 2,5 Millionen Mitgliedern des Zentralverbandes per Jahr 240 Millionen Mark Zuwachs an eigenen Betriebsmitteln bedeuten! Die Lauschaer reden wenig; so halten sie es auch in unserer Bewegung. Könnten wir aber nicht auf manch schöne Rede verzichten, wenn überall gehandelt würde wie in Lauscha? Welch unermesslicher Kräftezuwachs in einem einzigen Jahre für unsere deutsche Bewegung, wenn überall die Lauschaer Grundsätze Anwendung fänden.

Ein außergewöhnlicher Schadenfall hatte die Volksfürsorge in den letzten Wochen zu regulieren. Neunfünf davon betrafen Badeunfälle und Betriebsunfälle; bei einem lag Selbstmord nach über reichlichem Alkoholgenuß vor, durch den die freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Es handelte sich um einen 20-jährigen Dachdecker A. in B. bei Barmer, dessen Angehörige für die einmalige Prämie von 5 Mk. 2380 Mk. Versicherungssumme ausgezahlt erhielten. Diesen Fall hätte jede Privatgesellschaft zu einem Streik

alle gemacht. Die Volksfürsorge zahlte anstandslos. Zwei Berufsunfälle betrafen Eisenbahner, die überfahren wurden. G. D. in Frankfurt (Main) war zwei Monate zu je 27 M. Prämie mit 1968 M. und H. S. in Wittenberge ebensolange bei 20 M. Monatsprämie mit 4840 M. versichert. Diese Versicherungssummen wurden an die Hinterbliebenen gezahlt. Im Kölner Bezirk verunglückten drei Bergarbeiter. M. A. in Fürth zahlte seit dem 1. Januar d. J. 8 M. Monatsprämie und war mit 1216 M., P. A. in Grubbe seit 15. November v. J. bei 2 M. Prämie mit 800 M. und J. M. in Köln seit dem 1. Februar d. J. bei 2 M. Halbmonatsprämie mit 1200 M. versichert. Diese Summen erhielten die Angehörigen ebenfalls.

Die folgenden fünf Badeunglücke kosteten der Volksfürsorge mehr als 15 000 M., wofür insgesamt nur 110 M. Prämien gezahlt waren. Der Dreher F. A. erkrankte in Kiel. Versichert war er in der Volksfürsorge seit dem 1. Januar d. J. bei 4,50 M. Monatsprämie mit 1854 M. Der Handlungsgehilfe W. in Breslau war bei 6 M. Prämie seit dem 1. September 1919 mit 1308 M. versichert. Für den Lehrling O. A. in Magdeburg waren seit dem 1. Mai 1920 4 M. Monatsprämie gezahlt, wofür er mit 2008 M. versichert war. Je drei Wochen waren versichert der Müller A. S. in Ludwigshafen mit 4876 M. bei 27 M. Monatsprämie und der 17 jährige Arbeiter O. A. in Brandenburg mit 4880 M. bei 10 M. Prämie, wofür je eine Monatsprämie gezahlt war, als Opfer der Fluten wurden. Auch in diesen Fällen wurden die vollen Versicherungssummen an die Angehörigen anstandslos ausbezahlt.

Für sämtliche elf Unglücksfälle zahlte die Volksfürsorge über 10 000 M. aus bei einer Prämieeinnahme von 300 M. Solche Leistungen kann nur ein gemeinnütziges Institut aufweisen, das, wie die Volksfürsorge, nach dem Grundsatz aufgebaut ist und handelt: Versicherung durch das Volk für das Volk, und das keinerlei Privatinteressen kennt. Angesichts solcher Leistungen sollten die Volksmassen doch bald zu der Ueberzeugung kommen, daß für sie nur die Volksfürsorge bei einem Versicherungsabschluß in Frage kommt.

Kopf- und Handarbeit. Auch die Kopfarbeiter rechnen bekanntlich zum Proletariat, wenn sie diese ihre proletarische Abhängigkeit auch meist noch nicht erkennen, weil ihre Lebensbedingungen bedeutend besser sind als die der Handarbeiter. Das gibt uns eine interessante Statistik, die in England aufgenommen wurde. Danach ist die Sterblichkeit aller geistigen Berufe bedeutend geringer, als die der körperlich Arbeitenden. Am günstigsten stehen die Geistlichen da. Den Uebergang zwischen den Kopf- und Handarbeitern bilden in dieser Beziehung die Ärzte. In den mittleren Jahren (zwischen 35 und 55 Jahren) ist die Sterblichkeit bei den am ungünstigsten stehenden Handarbeitern viermal so groß als die der am günstigsten stehenden Kopfarbeiter. Das gibt uns die traurigen sozialen Lebensverhältnisse erkennen, unter denen das körperlich schaffende Proletariat zu leiden hat.

Unternehmertum und Sozialisierung. Dem „Vorwärts“ entnehmen wir nachstehende Notiz: Die nächste Nummer der Zeitschrift, die „Deutsche Industrie“, bringt einen Artikel aus der Feder des Direktors Hans Krämer unter dem Titel „Sozialisierung“, den wir als aufrechtes Bekenntnis zum Sozialisierungsbedanken von Unternehmerseite nachstehend im Auszug wiedergeben:

Ich hoffe, das Recht zu haben, als Mitglied der „an keine Aufträge gebundenen“ Sozialisierungskommission an die gesamte deutsche Unternehmerschaft die dringende Bitte zu richten, diesen Bericht mit jenem Ernst und jener Gründlichkeit zu prüfen, die deutschen Fachmännern ehemals eigen war und hoffentlich für alle Zeiten sein wird. Nur jetzt, in diesem gefährlichsten Augenblick der deutschen Wirtschaftsgeschichte, keine Explosion von einzelnen Schlagwörtern, kein Ausstrahlen von abgebrauchten Gemeinplätzen! Nur jetzt kein die Hände bindendes, gummende Finken im hellem Feuer entfachendes „prinzipielles“ Nein! Nur jetzt kein unsinniges Beharren auf „bewährten“ Prinzipien, kein „stolzes“ Niemals! Wer auf Deutschlands Wiedergeburt rechnet — und welcher deutsche Arbeitgeber und Arbeitnehmer hegt diese Hoffnung — im tiefsten Grunde seiner noch so verbitterten Seele! — der muß in diesen Tagen die Zähne zusammenbeißen, muß mit tiefster Gründlichkeit zwei- und dreimal prüfen, was gefordert wird, und dann ruhig und sachlich, aus dem Born des Wissens und der Erfahrung schöpfend, Kritik üben — Kritik, die auch dem grimmigsten Gegner Achtung abnötigt. Wenn einst die Protokolle der Verhandlungen der Sozialisierungskommission veröffentlicht werden, wird es sich zeigen, wie weit die Meinungen der Mitglieder auseinanderklaffen, wie hart die Gedanken gegeneinander stießen, wie alles Mühsal zünftiger Volkswirtschaftslehre praktischer Wirtschaftskunde aufgeboten wurde, um aus dem hohlen Begriff „Sozialisierung“ den faßbaren Begriff einer

„Gemeinwirtschaft“ herauszuschälen; jenen Begriff, unter dem sich Tausende „alles“, Hunderttausende „nichts“ zu denken gewöhnt waren, für den es hundert Umschreibungen, aber nicht eine richtige Deutung gab.

Jetzt endlich liegen Dokumente vor, Unterlagen für eine gründliche Prüfung der Frage, ob auf dem wichtigsten Gebiete der deutschen Urproduktion eine Anpassung an die Forderung von Millionen möglich ist, ohne dauernde Schädigung der Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit, ohne Minderung der Produktion, ohne Lähmung der Stokkraft der Führer, ohne Gefährdung unserer ganzen Zukunft. Von der faktischen nicht allein, nein, viel mehr noch von der taktischen Klugheit der deutschen Wirtschaftler hängt es ab, ob der Weg, den wir nun betreten, aufwärts oder abwärts führt; heraus aus dem Sumpfe, der uns jetzt zu ersticken droht, muß er aber führen!

Was jetzt riesenhaft vor uns sich aufreckt, darf nicht, wie schon so oft, zum Schacherobjekt politischer Geschäftemacher werden, darf nicht berufsmäßigen Kämpfern mit Wort und Feder allein überlassen bleiben. Die Welt sieht auf euch, deutsche Wirtschaftler, in den kommenden Wochen, denn jenes Land wird der endgültige Sieger sein, das zuerst versteht, seine Wirtschaft der Neuordnung der Dinge anzupassen.

Versamlungsberichte.

Breslau. Die am 6. Oktober abgehaltene Sektionsversammlung der Polychromeure und Figuristen war gut besucht. Zum „Tarifvertrag“ wurde beschlossen, denselben den Firmen zu unterbreiten. Dant des freien Handels haben die Lebensmittel eine Höhe erreicht, daß es dem Arbeiter kaum noch möglich ist, sich satt zu essen. Aber auch rationierte Lebensmittel sind im Preise gestiegen. An Ergänzung von Kleidern und anderen Gebrauchsartikeln ist gar nicht zu denken. Dazu kommt noch die teure Kohle und das Gas. Diesen Tatsachen kann sich doch kein Arbeitgeber verschließen, und muß demgemäß unsere Forderungen als voll berechtigt anerkennen.

Unter „Verschiedenes“ wurde zur Sprache gebracht, daß sich die Firma Tschani & Donini durch unsere Warnung vor Bezug schwer getränkt fühlt. Es sind hier Arbeitskräfte genug vorhanden, wollen aber tarifmäßig bezahlt werden. Wenn die Angestellten dort einigermaßen angemessene Löhne erreichen, gearbeitet wird ausschließlich im Akkord, so haben sie das ihrer Schinderei zu verdanken, denn arbeiten kann man das nicht nennen. Auch wird es mit dem Achtstundentag nicht sehr genau genommen. Als Beispiel sei folgendes erwähnt:

Für eine Ariadne, weiß streichen, abtönen, den Sockel marmorieren, gibt es 20 (zwanzig) Pf. Um 40 M. zu verdienen, muß man also 200 Stück fertigstellen. Wer lacht da! So etwas nennt sich Tariflohn. Die Sachen in Dörfel werden auch um 50 bis 80 Proz. schlechter bezahlt als bei anderen hiesigen Firmen. Wer also Lust hat, kann sofort dort anfangen. Eine kostspielige Reise nach Marienbad kann man sich dadurch ersparen, da Fettaische nicht zu befürchten sind. Ein Loch in der Wand, welches am Tage der Kündigung des bisherigen Malers von der Gipserei nach der Malerei gestemmt worden ist, beweist außerdem, daß mit väterlicher Sorgfalt über die Maler gewacht wird, damit ihnen kein Leid geschieht. Also auf nach dem „Elorado“, Breslau, Berlinerstraße!

Schmiedeberg i. Nhb. In unserer Monatsversammlung vom 1. Oktober hieß der Vorsitzende die Erschienenen herzlich willkommen. Die Kollegen Klar und Bretschmann wiesen auf den minimalen Besuch der am 9. September anberaumten Krankenkassenmitgliederversammlung hin und appellierten an die Kollegenschaft, in Zukunft derartigen Veranstaltungen doch ein größeres Entgegenkommen zu zeigen, zumal sie nur die Wahrung unserer eigenen Interessen bezwecken sollen. Einen ausführlichen Bericht von den Verhandlungen in Dresden gab Kollege Bretschmann, der denselben durch erfolgreiches Mitarbeiten beigewohnt hat. Redner betont in seiner Einleitung, daß wir stolz auf unseren Verband sein können, der ein für diese Zeit immerhin noch annehmbares Resultat erzielte, ferner rechtfertigte sich das vollste Vertrauen zu unserem Verbandsvorstand. Redner gab hierauf eingehenden Bericht über den Verlauf und das Resultat der Verhandlungen. Es gelang unseren Vertretern, alle in dem Vertragsentwurf neu eingeflochtenen Klauseln reaktionären Charakters zu beseitigen und an deren Stellen Verbesserungen im Lohnabkommen und im Manteltarif zu bringen. Redner gab nach reichlich aufklärendem Bericht das Verhandlungsergebnis bekannt. Außer den Verbesserungen in den Lohnsätzen führte der Redner die im Manteltarif getroffenen Neuerwerbungen in unseren Arbeitsverhältnissen an. Für unsere Zahlstelle ist von Bedeutung, daß die Ortsklassenkommission die Vertretung in die Klasse 2a angenommen hatte; nachdem aber eine prozentuale Lohnerhöhung stattgefunden hat, haben die Unternehmer eine Einspruchsfrist bis zum 20. Oktober 1920 sich vorbehalten. Das Uberschiedsamt soll nochmals definitiv entscheiden; der Antrag unserer Zahlstelle ist beim Uberschiedsamt eingereicht. Die geleistete Arbeit ist wichtig und wertvoll und der Redner konnte mit Recht am Schluß seiner Ausführungen seiner Zufriedenheit Ausdruck geben. Sämtliche Diskussionsredner betonten, daß wir allen unseren Verbandsfunktionären, die in dieser Verhandlung mitgewirkt haben, für ihre Leistungen danken, aber daß das neue Lohnabkommen uns nicht die erwartete Befriedigung gebracht hat, und wir daher in Kürze genötigt sein werden, infolge der noch immer anhaltenden Preissteigerungen uns einen diesbezüglichen Ausgleich durch Lohnforderungen zu verschaffen. Eine Resolution in diesem Sinne fand einstimmige Annahme: „Die am 1. Oktober im Gasthof „Zum Sirich“ in Schmiedeberg i. Nhb. tagende Mitgliederversammlung erkennt die schwierige Arbeit unserer Vertreter bei den Verhandlungen in Dresden an. Die bewilligte Lohnsteigerung kann aber die Arbeiterschaft nicht befriedigen bei der noch immer steigenden Lebensmittelerhöhung und erwarten die Versammelten nach Ablauf der vierteljährlichen Frist neue und größere Forderungen zu den

Böhen. — Punkt „Verschiedenes“: Zu einer recht lebhaften Debatte entwickelte sich die Heimarbeiterfrage, wozu die Kollegen Klar und Preßmann Stellung nahmen. Ferner wurde betreffs Einstellungen eine Aussprache geführt. Durch den am 1. Oktober d. J. bei uns errichteten Arbeitsnachweis wird von nun an diesbezüglich Regelung geschaffen. Nachdem es einer nochmaligen Abstimmung wegen der vom 1. Oktober 1920 ab geltenden Arbeitszeit bedurfte (durch welche die Anfangszeit um 7 Uhr festgesetzt wurde) und der Vorsitzende mit vollem Recht auf ganz besondere Innehaltung der Arbeitszeit energisch hinwies, wurde die Versammlung geschlossen.

Soran. Die Versammlung am 6. Oktober war wie immer gut besucht. Der Kartellbericht des Genossen Bietsch wurde mit Interesse aufgenommen. In längerer Aussprache wurde der neue Lohnstarif kritisiert. Man war allgemein enttäuscht über den niedrigen Lohnzuschlag. Obwohl der Grundgedanke, den Verheirateten und für Angehörige Sorgenenden mehr Zuschlag zu geben, richtig erfasst wurde, so wurden doch Stimmen laut, daß durch diese Art der ungleichen Lohnerhöhungen Uneinigheiten in unseren Reihen entstehen könnten. Der Vorsitzende führte aus: Wir werden uns in unserer Einigkeit nicht stören lassen durch kleinliche Sachen. Wir sind alle organisiert. Wir werden auch nicht dulden, daß Unorganisierte in unseren Reihen eine Rolle spielen. Einig und geschlossen im Verbande wie im ganzen Betriebe, dies Ziel hochzuhalten ist Bedingung. Wir wissen nicht, welche Schwierigkeiten bei Abfassung des neuen Tarifes unseren Vertretern entgegengestellt wurden. Eines jedoch ist uns klar, daß die Unternehmer allerorts Lohnerhöhungen aufhalten wollen. Sehen wir uns die hiesige Textilindustrie an. Wir alle waren überzeugt, daß diese Lohnverhandlungen sich schwierig gestalten, und daß sie kein großes Ergebnis sein würden, aber an diesem geringen Aufschlag ist die Kritik der Mitglieder berechtigt. Wir sind wohl alle überzeugt, daß unsere Vertreter voll und ganz für unsere Interessen eingetreten sind, wir müssen aber auch mit dem ablehnenden Standpunkt des Kapitals rechnen. Unsere Errungenschaften müssen wir hochhalten. Dazu gehört der Achtstundentag. Dieser darf nur in dringenden Fällen tariflich überschritten werden. Genosse Rübiger sprach in ähnlichen Ausführungen. Nach längerer Debatte, in welcher noch als wesentlicher Punkt gesundheitliche Störungen durch Staubentwicklung zur Sprache kamen, wurde darauf hingewiesen, die angebrachten Ventilationen sachgemäß zu behandeln. Der Vorsitzende dankte für das zahlreiche Erscheinen und schloß die Versammlung.

Literarisches.

„Der Reisegenosse“, Monatschrift zur Förderung und Wahrung der Interessen aller Ferien- und Erwerbslos-Reisenden innerhalb der werktätigen Bevölkerung. Diese neue Zeitschrift wird vom Volks-Reise-Verband (Berlin-Kreuzkölln, Münchenerstr. 53) herausgegeben. Die Arbeiterschaft, die auf Reisen geht, strebt neue bessere Reise- und Aufenthaltsbedingungen an. Das Verbandsprogramm und das neue Organ entspricht nicht nur einem Bedürfnis, das aus der Klassenlage entstanden ist, sondern aus allgemeinen kultursozialistischen Ideen. Das erste Heft liegt in den Gewerkschaftsbüros, Parteibuchhandlungen, Herbergen und Verkehrslokalen aus.

Betrifft: Betriebsrätezeitung.

Auf Anfragen aus einer Reihe von Zahlstellen diene zur Kenntnis, daß Bestellungen auf „Die Betriebsrätezeitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ nicht bei uns, sondern entweder beim Postamt des Bestellbezirks oder direkt beim Verlage (Adresse: C. Legien, Berlin S.O. 16, Engelauer 15, IV.) aufgegeben werden müssen, soweit nicht gemeinschaftlicher Bezug durch die örtlichen Gewerkschaftsausgänge (Kartelle) erfolgt.

Abonnementspreis pro Quartal 3 M.

Das Verbandsbureau.

Zur Beachtung für die Zahlstellenverwaltungen!

In letzter Zeit konnten zur Veröffentlichung in der „Ameise“ bestimmte wichtige Mitteilungen (Versammlungsanzeigen usw.) wiederholt nicht Verwendung finden, weil diese zu spät eingelangt wurden. Aus diesem Grunde wird wieder einmal darauf aufmerksam gemacht, daß längere Berichte (Versammlungsberichte usw.) bis spätestens Mittwoch früh, kurze Notizen (Versammlungsanzeigen, Inserate usw.) bis spätestens Freitag früh in meinen Händen sein müssen.

Joh. Schneider.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Arzberg. Sonnabend, 13. November, abends 8 Uhr, im Konsumsaal.

Friedenst. Sonnabend, 6. November, abends 8 Uhr, in der Bräuererei.

Wesentliches.

Altenheim. 1. November (Oberhausen). Vors.: Lorenz Schmitt.

Arzberg. 1. November (Oberhausen). Vors.: Georg Bippel.

Arzberg. 1. November (Oberhausen). Vors.: Georg Bippel.

Esterbeten.

Altenheim. Ida Dörge, Malerin, geboren am 1. Juni 1895 in GutsMuths, gestorben am 5. Oktober an Lungenerkrankung. Mitglied seit 1919.

Ehre ihrem Andenken!

Unserem Kollegen And. Weierlorzer sowie unserer Legation Kathi Wunder die besten Glückwünsche zur Vermählung.
Zahlstelle Steinwiesen

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Rubert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Wir suchen für sofort noch einige tüchtige, solch Schalenbreher.

Zwickauer Porzellanfabrik, Zwickau i. Sa.

— Ruder auf Gips —

stellt ein

Pietro Mariotti, Figurenfabrik, Hannover, Köpferstraße

Porzellanmaler, unverheiratet, 33 Jahre alt, der einige Jahre in einer Privatmalerei tätig war, sucht Stellung. Angebote unter K. H. an die Redaktion der „Ameise“.

Ein tüchtiger Tellerbreher und ein perfekter Schmelzer für Glasgeschirre sofort nach Rudolstadt gesucht.

Offerten an die Redaktion der „Ameise“ unter G. A.

Unterglasurmaler, perfekt in Freihanddekoren, Delftblau, Schablonieren und Schablonenschneiden, sucht Stellung. Suchender auch vollauf befähigt, eine Unterglasurmalerie neu einzurichten. Derselbe ist auch gewillt, event. Stellung als Aufglasurmaler anzunehmen. Eintritt sofort.

Offerten unter N. M. an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Gesucht

ein erster Stanzler, der befähigt ist, Matrizen selbständig einzuspannen und in allen Zweigen der Stanzerei bewandert sein muß. Bei friedensstellenden Leistungen Aussicht auf Anstellung als

Stanzmeister.

Angebote erbeten an

Porzellanfabrik Schwarz, Spandau, Bichelsdorferstr. 59/60.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Mische — Pinsel — Flaschen — Matrizen usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Für alle Goldabfälle, wie Mische, Schmiere, Lappen, Flaschen usw. zahle die höchsten Preise. Machen Sie einen Versuch und Sie werden mein Kunde bleiben.

A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Gmil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen. Altes Geschäft dieser Art.

Reelle u. pünktliche Bedienung

Man verlange Prospekte.

— Glanz- und Poliergold —

kauft laufend, auch kleinstes Quantum.

— Selbstverbraucher. —

— Reelle Bedienung. —

Max Klingler, Porzellanmaler, Münster i. Westf.

Goldschmiere, Goldplatten, Goldflaschen und alle in der Golderei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen b. schneller und reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.

— Bremer Qualitäts-Zigarren —

von hervorragender Güte, weiß brennend, inkl. Rabatt à Stück 70, 95, 110 und 120 Pf. Versand von 50 Stück ab in Originalpackung. — Nordh. Rautabak, gute, saftige Ware. — 10 R. oder Rn. 16 M. —

Universal-Versand Hermannsdorf (S.-A.).

Die billigen Schuhe für Fabrikarbeiter sind Hüttenhahn — Segeltuchoberteil, Lederohle u. Zwickau. — Recht vorteilhaft kaufen Sie außerdem warme Schuhe u. Pantoffel f. d. Straße u. Haus, Turnschuhe. Sämtl. Lederwaren in nur guten Qualit. billigt. Bei Sie illust. Preisliste gratis. Bei Sammelaufträgen entspr. Rabatt. A. Meyer, Schuhverwand u. Pantoffelfabrik, Weizwasser (D.-L.).

Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art

Beste

Beste

Beste

Beste

Beste

Beste

Beste

Beste

Beste

Beste

Beste

Beste

Beste

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Verlag: Wilhelm Herben, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.